

Pressemitteilung

Berlin, den 16. September 2019

Veranstaltungsreihe zu vergessenen Opfern nationalsozialistischen Terrors in der Bauhütte Berlin von Oktober bis Dezember 2019

Unter dem Titel „verfolgt, verschwiegen, vergessen - unterrepräsentierte Opfer nationalsozialistischen Terrors“ findet vom 01. Oktober bis zum 10. Dezember 2019 eine sechsteilige Veranstaltungsreihe zu vergessenen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung in der Bauhütte Berlin in Kreuzberg statt. Damit soll auf bisher weitgehend ignorierte Opfer des Naziterrors, beispielweise sogenannte „Asoziale“ oder lesbische Frauen aufmerksam gemacht werden.

Das Gedenken an Opfer des nationalsozialistischen Terrors ist heute fester Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur. Dennoch schließt diese keineswegs alle Menschen ein, die damals verfolgt wurden. Sowohl der akademische Diskurs als auch der öffentliche Raum weisen blinde Flecken auf, die eine angemessene Erinnerung und materielle Entschädigung teilweise bis heute verhindern. Die Veranstaltungsreihe „verfolgt, verschwiegen, vergessen“ widmet sich nun sechs dieser marginalisierten Opfergruppen. Konkret werden Berufsverbrecher“, Zeugen Jehovas, Sowjetische Kriegsgefangene, „asoziale“ Jugendliche, Sinti und Roma sowie lesbische Frauen thematisiert.

Von Oktober bis Dezember finden im Abstand von zwei Wochen Abendveranstaltungen in der Bauhütte Berlin, Friedrichstraße 19 statt. Neben Inputs verschiedener Experten und Expertinnen soll auch gemeinsam über Kontinuitäten von Diskriminierung und aktuelle Herausforderungen der Erinnerungskultur diskutiert werden.

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen und Referierenden finden Sie auf den folgenden Seiten.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Lara Raabe

Böckhstr. 39

10967 Berlin

Tel: 01729064141

Email: verfolgt-verschwiegen-vergessen@riseup.net

Dienstag, 1. Oktober 2019, 19 Uhr „Berufsverbrecher“, Dagmar Lieske

74 Jahre nach der Befreiung der Konzentrationslager gibt es nur noch wenige Opfergruppen der NS-Verfolgungspolitik, die in der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend unbeachtet bleiben und im öffentlichen Gedenken allenfalls eine marginale Rolle spielen.

Darunter fallen auch mehrere zehntausend Personen, die von der Kriminalpolizei zu „Berufsverbrechern“ erklärt und in die Konzentrationslager eingewiesen wurden. Nach wie vor sind ihre Schicksale weitgehend unbekannt. Zwar konnte eine von verschiedenen Historiker*innen und Angehörigen vor etwa eineinhalb Jahren ins Leben gerufene Initiative politische und mediale Aufmerksamkeit erreichen, eine offizielle Anerkennung der „Berufsverbrecher“ als NS-Opfer durch den Bundestag steht indes noch aus.

In der Veranstaltung werden zunächst grundlegende Informationen über die Verfolgungspraxis, sowie den Umgang mit dieser Häftlingsgruppe nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft vermittelt. Anschließend wird auf Basis der Erfahrungen aus der Anerkennungsinitiative darüber diskutiert werden, wie eine Verankerung dieser Teilgeschichte der NS-Verfolgung in der Erinnerungskultur gelingen könnte und welche Fallstricke dabei auftreten

Dagmar Lieske hat 2015 ihre Dissertation zu „Berufsverbrechern“ als Häftlinge im KZ Sachsenhausen publiziert und ist Mitinitiatorin der Initiative zur Anerkennung von „Berufsverbrechern“ und „Asozialen“ als NS-Opfer.

Dienstag, 15. Oktober 2019, 19 Uhr Zeugen Jehovas, Jürgen Harder

Aus religiöser Überzeugung verweigerten die Zeugen Jehovas oder „Ernste Bibelforscher“, wie sie sich zu Beginn des NS-Regimes noch nannten, konsequent die politische Teilhabe, etwa den Dienst in der Wehrmacht oder in anderen staatlichen oder militärischen Institutionen. Zudem lehnten sie den Personenkult um Adolf Hitler als gottgleichen »Führer« als Blasphemie ab. Da sie auch nach dem Verbot ihrer Glaubensgemeinschaft weiterhin ihrem Glauben nachgingen, kamen nach der Machtergreifung mehrere tausend Zeugen Jehovas zunächst in Gefängnisse und später in die Konzentrationslager. Hier wurden sie auf Grund ihrer religiösen Verweigerungshaltung mitunter anhaltend gedemütigt und misshandelt, nicht wenige starben infolge der Haftbedingungen oder wurden gezielt ermordet.

In dieser Veranstaltung sollen zunächst einige wesentliche Hintergrundinformationen zu der Gruppierung, ihren Überzeugungen und ihrer Verfolgungsgeschichte vermittelt werden, um anschließend gemeinsam auf Einzelaspekte einzugehen. Themenschwerpunkte der folgenden Diskussionsrunde werden beispielsweise die spezifischen Widerstandsformen, ihre Überlebensstrategien in den Konzentrationslagern, sowie der Wandel der obrigkeitlichen Verfolgungsmotive sein. Anhand von Akten und Berichten ist es zudem möglich, auf stellvertretende Einzelbiographien einzugehen. Weiterhin soll auch diskutiert werden, warum sich die historische Forschung bis heute so wenig mit dem Schicksal dieser Opfergruppe auseinandergesetzt hat.

Der Historiker Jürgen Harder hat zu dieser Thematik umfassend geforscht und publiziert. Zu verschiedenen Frauenkonzentrationslagern wie auch zur Verfolgung unterschiedlicher Opfergruppen entstanden Monographien, Ausstellungen und Vorträge

Dienstag, 29. Oktober 2019, 19 Uhr Sowjetische Kriegsgefangene, Mani Tilgner

Mit einer Gesamtzahl von 5,7 Millionen Gefangenen, von denen ca. 3,3 Millionen in deutscher Gefangenschaft ums Leben kamen, bildet die Gruppe der sowjetischen Kriegsgefangenen eine der größten Opfergruppen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Gleichzeitig wurde dieser Gruppe lange Zeit eine Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus verwehrt und eine Entschädigung fand faktisch nicht statt. Auch im öffentlichen Diskurs scheint die Rolle der sowjetischen Kriegsgefangenen, vielleicht die Rolle der sowjetischen Gefangenen und Häftlingen überhaupt, eine relativ kleine Rolle zu spielen. Dies obwohl in vielen Fällen von gezieltem und systematischem Massenmord gesprochen werden kann.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wird sich dem Thema theoretisch und historisch genähert. Nach einer kurzen Einordnung des Vernichtungskrieges und der besonders brutalen Behandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen, Häftlingen und Zwangsarbeiter*innen im Kontext von Antisemitismus, Antibolschewismus und antislawischem Rassismus sollen einzelne historische Beispiele für die Behandlung von sowjetischen Kriegsgefangenen in dem KZ Neuengamme bei Hamburg aber auch dem KZ Sachsenhausen, sowie dem Stammlager III A bei Berlin herangezogen werden. Zum Schluss soll die Frage diskutiert werden, weshalb an dieser Stelle von einer unterrepräsentierten Opfergruppe des nationalsozialistischen Terrors gesprochen werden muss und wie diese Verdrängung historisch kontextualisiert werden könnte.

Mani Tilgner ist Sozial- und Wirtschaftshistoriker und in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme als Gedenkstättenpädagoge und Seminarleiter tätig. Außerdem arbeitet er als Außendozent an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in St. Gallen.

Dienstag, 12. November 2019, 19 Uhr „Asoziale“ Jugendliche, Oliver Gaida

Ihre Namen sind heute häufig nur anonymisiert zu lesen: als „asozial“ verfolgte Jugendliche. „Asoziale“ waren vor 80 Jahren verhältnismäßig die größte Häftlingsgruppe in den Konzentrationslagern. Worin lag ihr spezifisches Schicksal und wie wirkte sich ihr Stigma aus? Die Verfolgung konnte für die Betroffenen bedeuten: Zwangserziehung in Heimen, Zwangssterilisation oder Einweisung in Jugend-Konzentrationslager. Wie gerieten Jugendliche zwischen 1933 und 1945 in das Visier von Fürsorger*innen?

In dieser Veranstaltung wird erörtert, wie Geschlechterzuschreibungen und die Vorwürfe rassenbiologischer „Minderwertigkeit“ und „Arbeitsscheue“ zusammenhängen. Nach einem Input zur Sprache der Ausgrenzung und dem Weg der Verfolgung, soll sich hinsichtlich des Schicksals der Verfolgten in Gruppen mit biografischen Quellen auseinandergesetzt werden. Eine Diskussionsrunde darüber, wie in der Gesellschaft an die Opfer erinnert wird, schließt die Veranstaltung ab.

Oliver Gaida promoviert an der Humboldt-Universität Berlin zur Berliner Sozial- und Jugendfürsorge. Er ist Fachredakteur für den Bereich Nationalsozialismus bei H-Soz-Kult sowie Lehrbeauftragter an der Alice-Salomon-Hochschule und in der Gedenkstättenarbeit tätig.

Dienstag, 26. November 2019, 19 Uhr Sinti und Roma, Alexander Rode

Die jahrhundertelange Diskriminierung und Marginalisierung von Sinti und Roma mündete im Porajmos, dem von den Nationalsozialisten initiierten systematischen Mord an hunderttausenden als »Zigeuner« stigmatisierten Menschen. Vieles am Porajmos ist bis heute unerforscht. Eine Folge davon ist die nur unzureichende vergangenheitspolitische Aufarbeitung des Genozids, die ein angemessenes Erinnern unmöglich macht und den wenigen Überlebenden und deren Nachkommen eine gerechte Anerkennung als Verfolgte des Nationalsozialismus verwehrt.

Eine akzentuierte Forschung, die die Geschichte der Minderheit und deren Marginalisierung von ihrem Tiefpunkt im NS aus erzählt, erkennt die Kontinuitäten und Traditionen

antiromaistischer Diskriminierung in Deutschland. Sie missachtet, dass immer wieder Impulse zur Ausgrenzung von einfachen Leuten ausgingen, die nicht unbedingt vom Nationalsozialismus überzeugt waren.

In der Veranstaltung sollen die vielfältigen Motive und Dynamiken der Repression gegenüber Sinti und Roma in der Wechselseitigkeit von lokaler und staatlicher Politik am Beispiel Sachsens diskutiert werden. Der Fokus liegt hierbei auf den Ermessens- und Handlungsspielräumen lokaler und regionaler Akteur*innen in sächsischen Kommunen.

Anhand eines interaktiven Quellenvergleichs von staatlichen bzw. nationalsozialistischen, regionalen und kommunalpolitischen Maßnahmen soll der Deutung widersprochen werden, die die Diskriminierung der Sinti und Roma als genuin nationalsozialistisches Phänomen benennt und somit deren Ursprung und deren bis heute reichenden Kontinuitäten unkenntlich macht.

Alexander Rode studierte in Leipzig Mittlere und Neuere Geschichte und promoviert derzeit zu Vergessenen Opfern des Nationalsozialismus.

Dienstag, 10. Dezember 2019, 19 Uhr Lesbische Frauen, Ina Glaremin

Sexuelle Handlungen zwischen Frauen waren im Nationalsozialismus nicht per Gesetz verboten. Dennoch waren frauenliebende Frauen einer Diskriminierung und Verfolgung ausgesetzt, die in engem Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Geschlechter- und Sexualpolitik stand.

Die Verfolgungsgeschichte und das Leiden dieser Opfergruppe sind im bundesdeutschen Erinnerungsdiskurs auch heute noch weitgehend unsichtbar. Die Initiative für eine Gedenkkugel zur Erinnerung an die lesbischen NS-Opfer in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück wurde jahrelang mit der Begründung abgewehrt, diese seien nicht systematisch als Homosexuelle verfolgt worden.

In der Veranstaltung wird der Kampf um ein würdiges Erinnern anhand der Debatte um die Gedenkkugel in Ravensbrück nachgezeichnet. Auch die Lebensrealitäten und Verfolgungssituation lesbischer Frauen im Kontext der NS-Sexualpolitik werden betrachtet. Ein besonderes Augenmerk gilt jenen Faktoren, die dazu führten, dass lesbischer Sex nicht in das Strafgesetzbuch aufgenommen wurde.

Ina Glaremin schreibt derzeit am Zentrum für Antisemitismusforschung ihre Masterarbeit zur

Debatte um die Gedenkkugel und dem Umgang mit der nationalsozialistischen Verfolgung lesbischer Frauen nach 1945. Sie arbeitet in der Gedenkstätte Sachsenhausen und in der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.